

Nebrauer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artzen.

Nr 123

Donnerstag, den 15. Oktober 1931.

44. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Oktober.

Die Umgebung des Reichstages hat schon um die Mittagzeit das Bild eines besonderen Tages. Während im Reichstag bereits die verschiedenen Fraktionen tagen, auch die Wandelhalle schon etwas belebt war, hatte die Schutzpolizei den Zutritt zum Reichstag bereits nach dem Biergarten, nach dem Reichstagsufer, nach der Dortheimstraße und dem Brandenburger Tor zu abgeriegelt. Im Reichstag selbst lagen größere Abteilungen von Schutzpolizei, die sich die Zeit bis zum Beginn des Reichstages um 3 Uhr mit Karten- und Briefspielen vertrieben. Vor dem Eingang II nach dem Biergarten zu, durch den die Abgeordneten zum Reichstag betreten müssen, hatte ein großes Aufgebot von Pressefotografen und Filmleuten Aufstellung genommen. In der Friedrich-Ebert-Straße vor dem Reichstag hielten eine größere Anzahl von Konstabularen der Polizei. Hinter der Auffahrt des Reichstages nach dem Bismarck-Denkmal zu hatte die berittene Schutzpolizei Aufstellung genommen.

Um eine Wiederholung der Vorfälle des Vortages in der Umkleekabine zu vermeiden, hatte die Polizei Vorkehrungen getroffen, daß in der Reichstagsstraße nur die Friedrich-Ebert-Straße händig größere Abteilungen Schutzpolizei für alle Fälle bereitstanden. Schnellwagen durchfahren dauern die ganze Innenstraße.

Die Sitzung.

An der Regierungsbank hat der Reichstanzler mit dem gesamten Kabinett Platz genommen. Während die Tribünen wenigstens überfüllt sind, sind im Sitzungssaal selbst zu nächst nur wenige Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen und kommunistische Abgeordnete überhaupt nicht anwesend.

Die beiden Parteien der Rechten haben beschlossen, während der Abstimmung sich nicht im Saal aufzuhalten.

Ein kommunistischer Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung, das Reichstagsgebäude von der Polizei zu säubern, wird abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichstanzler Dr. Brüning

Ich habe die Ehre, dem Hohen Hause die Reichsregierung in der Zusammenkunft vorzustellen, wie Sie Ihre Präsidenten loben verstanden hat. Es ist mir ein inneres Bedürfnis, zunächst den ausgezeichneten Herren Ministern Dr. Curtius, Dr. Wirth und G. Guérard den Dank der Reichsregierung für ihr pflichttreues Wirken im Dienste für Reich und Volk auszusprechen. Die Reichsregierung ist ergänzt durch einen bewährten Vertreter der Wirtschaft, der als Sachberater der Reichsregierung in den vergangenen Monaten zur Seite gestanden hat.

Die Leistung des Wehr- und Innenministeriums ist in eine Hand verknüpft.

Mehr als je zuvor, bringt uns unsere heutige Notlage in der Zusammenkunft der französischen Mittel, namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Maßbefugnisse, gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Sicherung der Autorität des Reiches ist die Voraussetzung der Festigung des Vertrauens nach innen und außen und für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, an dem alle politischen Kräfte mitarbeiten müssen. Die Leistung der Wehrmacht und ihre bisherigen Leistungen sind Grundzüge weiter verfolgen, die dem Hohen Hause bekannt sind, und Gewähr dafür bieten, daß dieses wichtige Machtmittel des Staates jederzeit seinen Aufgaben gemessen ist. Das Justizministerium ist in die Hände eines Mannes gelegt, der seit einem Menschenalter dem Staate in schwerster Zeit besonders treu und erfolgreich gedient hat.

Die Leistung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen.

Ich werde die Außenpolitik im Geiste der Bepfundenen der letzten Monate, vor allem des jüngsten deutsch-französischen in Berlin, fortführen. Die Reichsregierung erwartet das Heil nicht allein durch internationale Verhandlungen oder Hilfe des Auslandes. Aber Deutschland hat im letzten Jahrzehnt an eigenen Leiden mehr als alle Nationen gelitten, wie die ungelösten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichsten gesteigert und wachsende Verwerflichkeit in allen Schichten des Volkes genährt haben. Die verderblichen Folgen politischer Faltungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unbeschreiblicher Bedrängnis geführt.

Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Verwirklichung des Grundgesetzes der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern.

Ich warne vor Augenblicksentscheidungen unter dem Druck dringender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlimmere Folgen haben, als der gegenwärtige Zustand.

Die weitergehende Festschreibung der Kreditfähigkeit der Welt hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt.

Was vor Monaten in der Beurteilung der Wirtschaftlichen und Finanzlage eines Landes richtig war, ist nach kurzer Zeit durch die Wirkung der Krise in anderen Ländern überholt. Die Reichsregierung nimmt für sich als einen Erlaß in Anbetracht, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreise der

großen Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglicher Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat. Hierdurch allein ist verhindert worden, daß die gefundenen Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft in den vergangenen Monaten völlig erschüttert worden sind.

Die Krise des englischen Pfundes, deren unbillige Lösung noch nicht sicher beurteilt werden kann, stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch härter als in den vergangenen Monaten ist eine Einstellung von Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Selbstwertes und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig. Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsrat zu ernennen, der der Reichsregierung in den wesentlichen Entscheidungen der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Zeit ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet.

Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen getrickelt werden darf. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage. Die Kreditpflege, gerade für Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie, muß auch bei der Bankenpolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen. Ihre Senkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen.

Die Sozialpolitik

mit allerdings beratig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mißbilligungsrecht, der Arbeitnehmerchaft nicht vorbeigegangen werden.

Vor allem gilt das auch für den Tatgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größere Flexibilität in der Handhabung bedarf.

Der Grundgedanke einer guten Sozialpolitik muß gerade in gegenwärtigen Notzeiten festhalten und Arbeitnehmer die Pflicht erkennen lassen, ihre Angelegenheiten gemeinsam unter möglichst eigener Verantwortung und unter möglichst geringer Einmischung des Staates zu regeln.

Mit einer solchen Politik muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung in den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gestiegenen Kaufkraft im Inlande schnell angepaßt werden muß.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit den vorhandenen und anfallenden Devisenbeständen sparlos zu wirtschaften.

Der Weg kann nur zu Ende gegangen werden, wenn unser Volk die Ueberzeugung hat, daß Lasten gleichmäßig verteilt und Verantwortlichkeiten und Verantwortungsbebewußtsein überall wiederhergestellt sind.

Gerade weil das deutsche Volk, wenn es Gerechtigkeit, Fleißarbeit und Spargung auf einen Erfolg sieht, zu den schwersten Opfern bereit ist, ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen.

Das ist der Kern der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch unerschöpfliche Agitation verbunden werden.

Die Öffentlichkeit muß die Gemisheit haben, daß Auswachen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen.

Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein.

Diese Erklärung wird von den inswischen im Saal erschienenen Kommunisten wiederholt durch laute Zurufe unterbrochen: „A. G. Farben in der Regierung! Militärdiktatur!“ usw. Von den Mittelpartern und stellenweise auch von den Sozialdemokraten kamen Zustimmungsrufe.

Am Anluß an die Verlesung dieser Erklärung führt der Reichstanzler in freier Rede aus, es sei notwendig, über einige Vorgänge in der letzten Zeit eine offene Aufklärung zu geben. Die Verschärfung der Krise habe in letzter Zeit zu einem Zustand geführt, wie ihn die moderne Wirtschaftsgeschichte noch nicht kenne. Der Kanzler betont, er könne mit Bestimmtheit feststellen, daß jetzt auch aus den Kreisen der Reichsopposition das Bestehen einer Weltkrise nicht mehr geleugnet werde. Ueberall sehe man ein, daß sich die Welt in einer ganz außergewöhnlichen Lage befinde.

Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Maßnahmen.

Wir haben uns, so erklärt der Kanzler weiter, der Lage schneller angepaßt als andere Länder. Man hat mich einen „Jogger“ genannt. Aber ich frage, wo unter Volk heute lände, wenn ich im Sommer dem Drängen nachgegeben und das Moratorium oder den Zahlungsaufschub ausgesprochen hätte (Beifall).

Ich lasse mich lieber jeden Tag als Landesvertreter beschimpfen, als daß ich die Herzen verliere und von dem Wege abweiche, den ich eingeschlagen habe. In dem Tage, an dem der Reichstag das von mir verlangt, würde ich sofort zurücktreten.

(Beifall) Es wäre in dieser schweren Zeit nationales Erfordernis, daß sich eine Regierung oder verantwortungsbewußten Parteien zusammenschließen. Ich würde bereit sein, in einer solchen Regierung den kleinsten und niedrigsten Posten anzunehmen. Leider Gottes ist die Bildung einer solchen Regierung in Deutschland ausgeschlossen.

In der schicksalsschweren Zeit unseres Volkes sind unsere Parteien nicht zur Zusammenarbeit bereit, sondern richten lieber Fronten gegeneinander auf, weil sich in einfacher Pflichtenfüllung für das ganze Deutschland zusammenschließen.

Dem Volk wird in dieser schweren Zeit nicht gedient durch die Formen des politischen Kampfes, die sich auf der Harzburger Tagung

gezeigt haben und die auch nicht die Chancen des Erfolges einer kommenden Reichsregierung sichern können.

Wenn man in Panikflimmung macht über die Lage der Deutschen Reichsbank, dann zerstört man auch die Grundlagen einer kommenden Regierung (Beifall).

Die Deutsche Reichsbank hat nichts zu verheimlichen. Es wäre verlockend für die Regierung, den Forderungen von rechts zu folgen, wenn sie populär sein wollte. Eine Regierung, die etwa die Mark an die Entwicklung des englischen Pfundes anlehnt, hätte Notverordnungen nicht nötig. (Zuruf von den Komm.: Lehnen Sie die Mark lieber an den Sommerstrahl an! — Große Heiterkeit.) Ich habe bei der Uebernahme des Rangamtes zu einem Wirtschaftsausschuss überhandlung gelagt: „Ich weiß, daß die Aufgabe, die ich jetzt übernehme, zu 90 Prozent verloren ist!“ Das war nicht Schuld des Kabinetts Hermann Müller, sondern Schuld waren die Fehler, die insgesamt die öffentliche Hand und ein Teil der Privatwirtschaft gemacht haben.

Es ist eine Kreditinflation aus dem Auslande eingetreten, die den gefundenen Menschenverstand vernebelt und einen Schieber über alle Dinge gedreht hat.

Der Kanzler betont weiter, daß sich die Fehler der öffentlichen Hand leichter wieder gutmachen lassen als die in der Privatwirtschaft begangenen. Darum will die Reichsregierung mit den in der Notverordnung zugelassenen Maßnahmen dahin wirken, daß in der Privatwirtschaft wieder gesunde Grundzüge einziehen. Ergebenheiten, wie wir sie bei Jaago und bei Nordwolle erlebt haben, dürfen nicht wiederkehren (Zustimmung). Wenn von einzelnen Organen der Rechten der Regierung sogar die Schuld an der Bankentfremdung gelagert wird, so möchte ich darauf antworten: Seien Sie vorsichtig, sonst könnte ich dieselben von dieser Erklärung aus sehr deutlich werden! (Zuruf von den Kommunisten: Was haben Sie denn für Geheimnisse mit der Rechten?) Wenn die Rechte gegen die Notverordnung Sturm läuft, so wäre es mir politisch sehr interessant zu sehen, wie die Nationalsozialisten eine Ablehnung der Notverordnungsbestimmungen über die Bankentfremdung oder über Bützung der hohen Pensionen verantworten wollen.

Zur Behandlung der Wirtschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmern notwendig.

Beide Teile müssen ihr Programm dazu vorlegen. Allerdings ist es nicht gleich, wenn die Wirtschaft mit ihrem Plan ein Programm verbindet, das geeignet ist, die Arbeitnehmerchaft in einer Einheitsfront zusammenzuführen.

Heute ist es so, daß meine Aufgabe nicht mehr zu neunzig Prozent verloren ist, sondern daß das Verhältnis des Glüdes und Unglücks schon fünfzig zu fünfzig geworden ist.

Die Einflüsse ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist gegen früher ganz wesentlich zurückgegangen. Freidum kann die Reichsregierung sagen, daß der bevorstehende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann. Die Wirtschaft ist in ihrem Apparat gesund. Für die Finanzen ist Vorsorge getroffen, und es müßte merkwürdig zu sehen, wenn das Volk nicht über diesen Winter hinwegkommen würde.

Wir sind entschlossen, die Dinge bis zu dem Augenblick vertuschen, wo durch eine internationale Zusammenarbeit das Kommt, was kommen will, wenn nicht die ganze Welt in unendliche Not verfallen müßte. Durch Kritik, Angriffe und Verleumdungen, so löst sich der Kanzler, lasse ich mich nicht beirren. Ich sehe vor Ihnen, ich habe Ihnen mein Programm gesagt. Sie, die Parteien, tragen nun die Verantwortung für das, was kommen wird.

(Beifall) Beifall bei den Mittelpartern. — Die Kommunisten rufen im Chor: Vor Front! Präsident. — Die Rechten schließen einen kommunistischen Abgeordneten für zwei Tage aus.

Darauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt; Aussprache über die Regierungserklärung.

Hindenburg an Brüning.

Die Einlegung des Wirtschaftsbeitrags der Reichsregierung. Hindenburg übernimmt persönlich den Vorsch.

Berlin, 14. Oktober.

Ueber die bereits angekündigte Einlegung eines Wirtschaftsbeitrags der Reichsregierung zur einseitigen Be-

Todesurteil befristet. Am 1. d. S. wurde vom Schurmerger Richter Herrmann Germain aus Besondere wegen Ermordung der sieben Jahre alten Ansgar Bopp aus Bremerhaven zum Tode und zum dauernden Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der dritte Straftatbestand des Reichsgerichts Leipzig hat die Revision Klünes gegen das Todesurteil vernommen. Das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden. Klünes ist wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Kindern, widerrechtlich und zum Teil sehr schwer verurteilt. Er hat auch schon einen Teil seines Lebens in Anstalten zugebracht.

Schiffbruch eines deutschen Fährdampfers. Während eines Aufenthalts des Fährdampfers „Eich Schreiber“ aus Besondere im Westfahl der Kisten gefahren, nachdem er bei Tranee auf Grund geraten war. Die Mannschaft wurde gerettet, das Schiff ist verloren.

Kraftwagenunfall eines Generalleutnants. Auf der Kraftwagenfahrt nach Paris wurde der französische Generalleutnant von Tunis, Rancourt, bei einem Verkehrsunfall leicht verletzt.

Großfeuer im Waldorf.

Drei Wohnhäuser, vier Scheunen verbrannt. — Brandstiftung?

Lehelen (Thür. Wald). In den ersten Morgenstunden des Dienstag entstand ein verheerendes Großfeuer in der Breilestraße. Dem Brande fielen drei Wohnhäuser, drei Hintergebäude und vier Scheunen mit der gesamten Grundeigentümer, einer Anzahl von Holzgeräten und Wagen sowie eine Menge Mobiliar zum Opfer. Die Motorpumpen von Gröbenhain und Leutenberg hatten im Verein mit den übrigen Wehren bis gegen 10 Uhr mit der Bekämpfung des Brandes zu tun. Da das Feuer an drei Stellen zugleich aufgelodert ist, muß mit ziemlicher Sicherheit Brandstiftung angenommen werden. Bemerkenswert ist auch der Umstand, daß die Entnahme der Gasflaschen Feuerzeuge an den Gasarbeiten sich um eine Stunde verzögerte, da es der Wehr nicht möglich war, Wasser zu bekommen. Die Ansicht ist aufgetaucht, daß die Gasflaschen der Wehren planmäßig labotiert werden sollten. Die Polizei ist zur Zeit damit beschäftigt, Klarheit in die Zusammenhänge zu bringen.

Die Geschädigten sind Landratsvorsitzender und Landwirt Heinrich Hoffmann, Landwirt und Schwefelbrenner Ernst Gehrig, die Landwirte Benno Krause und Otto Ströber sowie die Pensionenspännerin Ida Eichhorn.

Wie später gemeldet wurde, ist der entstandene Schaden durch Versicherung gedeckt. Die Vermutung, daß es sich um Brandstiftung handelt, scheint sich zu bestätigen. Es sind bereits Verhaftungen erfolgt. Die Verhöre fallen gehören zu den Brandgeschädigten. Inzwischen geht die Untersuchung weiter.

Hochspannung in Mansfeld

Die Belegschaft der Kupferbetriebe befristet. — Morgen letzter Verhandlungsversuch.

Die wegen der drohenden Stilllegungsgefahr für die Mansfeldgruben am Antrag der Gewerkschaft getreten im Reichsarbeitsministerium gestrichen Johannehandlungen sind ergebnislos verlaufen. Die Mansfeld A.-G. hat dies zum Anlaß genommen, die geforderte Belegschaft der Kupferbetriebe zum 19. Oktober zu befristigen. Morgen soll ein letzter Verhandlungsversuch erfolgen.

Eltern klagen an.

Der Lübecker Galmethyplatz.

Abend, 13. Oktober

Der Prozeß um das Lübecker Kinderheim nahm in der zum Christstagsaal umgewandelten Hauptturnhalle vor der Straßmauer unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Wibe einen Anfang. Angeklagt wegen schätzbarer Tötung bzw. verächtlicher Körperverletzung sind der durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Tuberkuloseforschung bekannte Professor Dank, der Leiter des Lübecker Kinderhospitals, Kreisarzt Dr. Klotz, der Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes Obermedizinalrat Dr. Alffardt und die Laboratoriumsleiterin Anna Schüge. Die Anklage wird durch Oberstaatsanwalt Dr. Viena und Staatsanwalt Freyberg von Beuß vertreten. Als Verteidiger bzw. als Rechtsvertreter der als Nebenkläger zugelassenen Eltern der verstorbenen Kinder sind nicht weniger als 14 Rechtsanwälte, darunter Professor Wiegand und Dr. Frey, Berlin, aufgetreten. Über 40 Zeugen werden vernommen und 16 Sachverständige hervorgerufen. Vertreter der deutschen medizinischen Wissenschaft, gutachtlich befragt werden. Das Reichsgesundheitsamt und andere Behörden, sowie die Ärzteschaft, die Universitäten und die Krankenkassen haben Vertreter entsandt. Das große Interesse der Öffentlichkeit für den Prozeß zeigt sich auch in der außerordentlichen starken Teilnahme der ins und auswärts liegenden Presse, die durch etwa 50 Berichterstatter vertreten ist. Vor dem Gerichtssaal hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die aber nur teilweise als Zuhörer Zutritt erhalten konnte.

Delchbruch in Japan.

Tokio, 14. Oktober. Zeitungsmitteilungen zufolge ist im Distrikt Waga in Japan ein Dschin insofern gewalttätig geworden. Die Wasserfluten ergossen sich in mehrere Dörfer, wo sie alles zerstörten. Mehr als zweihundert Personen sollen ertrunken sein.

Sonntagvormittag

über den Steinbrüchen bei Kleinwangen.



Sonntagvormittag, schwabend, schwändig die Luft, Sonnengold liegt über Nir und Wolke; War unter mir abnehmende tiefe Luft — Dort, Wehlein steh in Steinbrüchbade! Frieden und Stille im Wald und an Fluß, Fern nur ein liebliches Glodenmännchen... Viel Epikommengarten haben die Goldsträu, In Baum und Strauch die Fäden sich beugen. Nun wonneterufen das Herz, tief erheit — Wehlein, der Wäld in stillen Wehlein... Glücklich nur sein kann, wer so in der Luft, Heimat, zu schone, in deutschen Gauen!

Karl Werner.

Jahres-Versammlung des Altertums- und Verkehrsverbandes Kreis Querfurt.

Es ist schwer zu sagen, ob das prächtige Herbstwetter oder die sehr reichhaltige Tagesordnung die Triebkraft war, die eine so große Zahl von Teilnehmern nach Nebra zur Herbsttagung in den Kreisverband zusammengeschlossenen Heimatvereine brachte. Es war wohl eine der am stärksten besetzten Herbsttagungen und ein Zeichen, daß der Wert der Arbeit im Sinne der Heimatpflege immer mehr erkannt und anerkannt wird.

Die Tagung wurde vom Kreisverbandsvorsitzenden, Herrn Jaedel-Querfurt, eröffnet und geleitet. Mit herzlichen Worten begrüßte er die Teilnehmer und gab seiner Freude Ausdruck, daß eine so stattliche Versammlung sich zusammengefunden habe. Ein ganz besonderer Willkommengruß galt den Gästen aus dem Nachbarort Ebersberg, unter denen auch Herr Landrat Pöhlmann erschien. Der Stadtverwalter von Nebra dankte er herzlich für das rege Interesse an der Arbeit des Kreisverbandes und bereitwillige Förderung seiner Interessen, ebenso dem Berichterstattenden Nebra für die Mitarbeit und zahlreiche Beteiligung. Ganz besonders dankte er dem Protokoll des Verbandes, Herrn Landrat W. Wandersleb, der stets helfend und fördernd eingegriffen habe und der Arbeit des Verbandes nicht nur reges Interesse entgegenbringe, sondern der eifrige Mitarbeiter sei.

Herr Bürgermeister Grimberg vermittelte die Grüße der Stadt. Sein Willkommengruß galt besonders den auswärtigen Gästen, denen er recht angenehme Stunden in der Stadt Nebra wünschte. Der Tagung einen guten Verlauf wünschend, ver sprach er, auch weiterhin der Heimatpflege alle im Rahmen des Möglichen liegende Unterstützung zu gewähren. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht über das verfloßene Jahr, den der Vorsitzende erstattete. Als neues korporatives Mitglied konnte der Nachbarverein „Germania“ Wittenberg aufgenommen werden, weitere Zugänge waren leider nicht zu verzeichnen. Die auf dem vorjährigen Verbandstage beschlossene Quersfurt ist inzwischen erfolgt. Die für das Jahr 1931 geplante Jahrespartie nach Ebersberg mußte zurückgestellt werden, da die Bürgergehämmer Heimatfeier so bedeutend geworden war und die Arbeit des Kreisverbandes vorerst stark im Anbruch nahm, daß eine weitere Veranstaltung wohl zu viel gewesen wäre. Bürgergehämmer war ein voller Erfolg, denn es mit zu danken ist, daß der im Vorjahre aufgetauchte Gedanke eines Glodenmuseums in Laucha schon jetzt seiner Verwirklichung entgegensteht. Das Kreismuseum hat erfreuliche Zugänge gehabt, so daß eine stattliche Sammlung wertvoller Museumsstücke vorhanden ist und ein Erweiterungsbau notwendig ist. Die darüber gepflogenen Verhandlungen haben gute Fortschritte gebracht. Erfreulich ist, daß die bisherige gelebte Jahrespartie, „Eider Heimrich“ ab 1932 dauern erlassen und nur noch eine Anerkennungsgeld für jährlich 10.— RM. zu zahlen ist. Der Ausbau der Halle zum Museum ist genehmigt und die Pläne und Zeichnungen dafür liegen bereits vor, der Ausbau soll nach und nach, entsprechend den vorhandenen Mitteln, vorgenommen werden. Die Heimatarbeit im verfloßenen Jahre brachte mehrere Vorträge und Heimatabende in verschiedenen Orten während der Wintermonate, im Sommer die Bürgergehämmer Erinnerungsfeier. An Besuchen anderer Vereine und Verbände mit gleichen Zielen ist vor allem der des Sächsisch-Thüringischen Geschichtsvereins zu erwähnen. Der Kreisverband beteiligte sich auch an der Ausstellung des Gewerbevereins Quersfurt im Frühjahr 1931. Neben die Verkehrsverhältnisse im Kreise kann nicht getilgt werden; die Ausbehebung der Strafen hat gute Fortschritte gemacht und vor allem die nun fertiggestellten Anlagen im Unstruttal werden zur Erleichterung desselben beitragen. Die Arbeit für das Heimatarchiv läßt leider noch zu wünschen übrig, die Mitarbeit aller Mitglieder und besonders der Vertrauensleute in härtester Maße als bisher ist wünschenswert. Die Herausgabe der Heimatbeilage für die Zeitungen des Kreises konnte infolge verschiedener Hindernisse, die erst noch überwinden werden müssen, noch nicht erfolgen. Schließlich sprach der Vorsitzende noch allen, die an den Bestrebungen des Kreisverbandes tätig oder fördernd mitgewirkt haben, seinen Dank aus; vor allem dankte er nochmals dem Protokoll des Verbandes, der in diesem Jahre ganz besonders mitgewirkt und am Aufblühen und auch dem Erfolge des Bürgergehämmer Heimatfestes das Hauptverdienst hat.

Einem Rückblick über die Bürgergehämmer Tagung gab Herr Konrektor Kraemer-Querfurt. Der Gedanke, die Wiederkehr der Tage, in denen vor 500 Jahren bei Bürgergehämmer das alte Thüringereich seinen Untergang fand, zu einer Erinnerungsfeier zu gestalten, ging vom Protokoll aus. In aller Stille wurden zunächst die Vorarbeiten geleistet, bis eines Tages der Plan feststand und seine Ausführung gesichert schien. Die Veranstaltung selbst wurde zum Ereignis für alle, die ihr beiwohnen konnten. Die Gesänge, Vorträge und das Heimatspiel waren ein wunderbarer Zusammenklang aus der Heimat für die Heimat. Den Kindern und auch den Erwachsenen wurde die Heimat nahegebracht, sie anregend zur Mitarbeit an den Bestrebungen der Heimatpflege. Etwa 6000 Schulkinder und 3000 Erwachsene waren zu den Heimatfesten nach Bürgergehämmer erschienen. — Die Arbeit, die notwendig war zu diesem Erfolge, kann nur der ermessen, der sie mitgemacht hat. Besonders dank gebührt Herrn Studienrat Wähler-Mücheln und Herr Dr. W. St. Ulrich mit ihrer Späterarbeit, die stundenlang das Heimatspiel und seine wirkungsvolle Wiedergabe im Park von Bürgergehämmer den tiefen Eindruck, der allen Besuchern dieser Veranstaltung in Erinnerung bleiben wird. Der erste Ueberflug nach und 600.— RM. wird reiflos für das Glodenmuseum Verwendung finden.

Ueber das Glodenmuseum in Laucha sprach Herr Bürgermeister Luboll. Der Plan, in Laucha, der ehemaligen Gloden-gießerstadt, ein Glodenmuseum zu errichten, lautete erstmalig bei der Jahresversammlung im vorigen Jahr auf. Er wurde weiterverfolgt und in wiederholten Verhandlungen ist es gelungen, die Besitzer des alten Gloden-gießergebäudes, die Herren Gebrüder Schilling in Apolda, zu bewegen, dem Kreisverband das Gebäude als Geschenk zu übertragen. Die Ueber-

gabe ist bereits erfolgt, nun muß auch die Instandsetzung folgen, die in verhältnismäßiger Weise erfolgen soll. Die noch fehlenden Mittel dazu sollen durch die Aufführung eines Gloden-gießerpiels, mit dessen Ausarbeitung Herr Studienrat Wähler bereits beschäftigt ist, herbeizutreiben. Bürgermeister Luboll empfahl, die Arbeiten zu beschleunigen, daß vielleicht die Weibe des Museums mit der 200jährigen Wiederkehr des Tages, an dem in Laucha auf dem Marktplatz die erste Laucher Glode gegossen wurde, erfolgen könne. Es sind bereits in vielen in- und ausländischen Zeitungen Verhandlungen über das Laucher Glodenmuseum erschienen, die, nach den bereits eingegangenen Zuschriften zu urteilen, überall lebhaftes Interesse erweckt haben.

Als Tagungsort für die Herbsttagung im nächsten Jahre wurde Mücheln festgelegt. Die Jahrespartie im Sommer soll, wenn sie nicht wegen anderer Veranstaltungen zurückgestellt wird, nach Ebersberg führen. Zwei Dichter aus unserer Heimat, Johannes Schmal aus Quersfurt und Adolf Holt aus Brandersdorf begeben im Frühjahr ihren 70. bzw. 65. Geburtstag, aus diesem Anlaß soll in Verbindung mit der Museumsweibe in Laucha eine Heimatwoche Quersfurt—Brandersdorf—Laucha ins Auge gefaßt werden.

Nun ergriß Herr Lehrer Albrecht-Rohleben das Wort zu seinem Vortrag „Die heilige Elisabeth und ihre Beziehungen zum Unstruttal“. Unter reiche thüringische Geschichte lennt zwei Frauen, die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannt sind und größte Verehrung gefunden haben: Radigundis und die heilige Elisabeth. Während Radigundis weniger bekannt ist, kennt wohl jeder die heilige Elisabeth, deren feine, zarte Frauengestalt jedem vor Augen tritt, sobald von der Wartburg die Rede ist. Die Legenden über sie sind Volksgut geworden. An Ungarn ist sie geboren, Leid und Tod haben bei ihr Pate gestanden. Als Kind wird sie der Heimat entzogen, verliert Vater und Mutter. Auf der Wartburg findet sie Asyl, die aber dann unter politischen Verhältnissen zu leben, die sie — die vorbestimmte Gemahlin des Landgrafen Ludwig — vertreiben wollen. Nach längerer Ehe verliert sie ihren Gemahl, der auf einem Kreuzzug steht. Ihr Lebensfrühling betette sie nicht auf Rosen, doch sie verstand, mit blutendem Herzen zu lächeln. Der Tod ihres Gatten läßt sie von allen irdischen Freuden, sie wird die Heilige. Das Leben dieser glühenden Frauen hat sich nicht nur auf der Wartburg abgelebt, es ist fieber, daß sie auch auf der Neuburg über länger hausgehalten hat. Verschiedene Legenden bestätigen dies. Auch in Goresleben bei Quersfurt soll sie gewesen sein, wo ihr auch ein Denkstein gesetzt wurde. In seinen Schicksalströpfchen kommt der Redner zu der Frage: Gibt es heute noch Menschen wie die heilige Elisabeth? und beantwortet sie auch gleich mit nein — weil uns die Liebe fehlt, die Liebe zu unseren Mitmenschen, die uns selbst Entbehrungen ertragen läßt, um unsere Mitmenschen froh zu machen. Sieht nicht im Festen dieser menschlichen Liebe die Ursache zu all unserer Not? — Dem mit innerer Bewegung gesprochenem Vortrage wurde anständig gelauscht und Herr Albrecht mit herzlichem Beifall dafür gebannt.

Während des Vortrages erschien auch Herr Landrat Dr. Wandersleb. Er überreichte im Namen des Kreisverbandes an Herrn Studienrat Wähler, Lehrer Albrecht und Bürgermeister Fischer-Wittenberg die silberne Plakette des Verbandes mit einer Beschriftung als Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit im Dienste der Heimatpflege. Für das Museum überreichte er dem Vorsitzenden ein Geldstück, das zur Feier des 100. Geburtstags des Turnvater Jahn herausgegeben war.

Hierauf folgte der Vortrag von Herrn Horang-Mücheln über „Brunnen und Quellen der Quersfurter Platte und die Wasserverhältnisse des Ostrandes“. Viele hatten wohl vermutet, einen Vortrag über alte, verträumte Brunnen und sprudelnde Quellen an launigen Plätzen zu hören, aber es handelte sich um eine wissenschaftliche Abhandlung über die geologisch-hydrologischen Verhältnisse unserer Gegend. Herr Horang führte aus, daß man nicht nur tote Schätze, wie alte Steinbeile, Urnen und dergleichen sammeln, sondern auch den lebendigen Reichtümern der Heimat volle Aufmerksamkeit widmen solle. Dazu gehöre vor allem die Beobachtung der Wasserverhältnisse. Seine Ausführungen über die Quellen und Grundwasserläufe, deren Ergiebigkeit in früheren Zeiten und heute wurden mit regem Interesse verfolgt.

Der Landrat dankte dem Redner für seinen Vortrag und begrüßte, daß auch ein solches Thema einmal behandelt würde. Er konnte zur Ergänzung dieses Vortrages dem Verband eine Arbeit des verstorbenen Dr. Wähler-Laumbaum „Geologische Betrachtung des Kreises Quersfurt“ mit einer geologischen Karte dieses Gebietes zur weiteren Verwertung überreichen. (Wir werden mit dem Druck der Arbeit in Kürze beginnen.)

Ueber die Vorträge des Kreises Quersfurt sprach Herr Lehrer Reeg-Dorndorf. Es sind jetzt 4 vollständige Serien vorhanden, was weitere sind noch in Vorbereitung. Die Bilder können ausgetauscht werden gegen eine Entschädigung von 5 Pfg. pro Bild. Erneutler der Vorträge ist Herr Lehrer Reeg-Dorndorf.

Herr Landrat Dr. Wandersleb regt an, mit den Stellen, die mit den Vorarbeiten für das Gutta-Wald-Jahr in Laucha und das Goethe-Jahr in Weimar betraut sind, in Verbindung zu treten, um von dem erwarteten Zutritt aus etwas durch unsere engere Heimat zu leiten. Lehrer Albrecht bittet den Vorstand, dahin zu wirken, daß das Kunze-Museum in Freiburg der Öffentlichkeit zur Verfügung freigegeben wird. Wie der Vorsitzende mittelst, schwanden darüber bereits Verhandlungen, die erfolgversprechend sind.

Im kommenden Winter sollen verschiedene Heimat- und Vortragsabende abgehalten werden, an denen u. a. Lehrer Albrecht über seine persönlichen Eindrücke in Palästina sprechen wird. Ferner soll das Glodenfestspiel an mehreren Orten aufgeführt werden.

Und nun war die reiche und sehr interessante Tagung zu Ende. Mit nachlässigem herzlichem Dank an alle Teilnehmer und der Bitte um weitere Mitarbeit schloß der Vorsitzende.

Alle Teilnehmer waren wohlbeschiedigt von der Kreisverbandstagung und haben manche gute Anregung mit nach Hause genommen.

DiETRICHs Antwort an Schacht.

Die Harzburger Rede des früheren Reichsbankepräsidenten.
Berlin, 13. Oktober.

Vor Pressevertretern nahm Reichsfinanzminister Dietrich gegen verschiedene Ausführungen Stellung, die der Reichsbankepräsident a. D. Dr. Schacht am Sonntag in Bad Nauher gemacht hatte. Er wandte sich zunächst gegen die Erklärung Dr. Schachts, daß Deutschland eine Währung habe, die nicht mehr dem regulären Warenwert entspricht, sondern nur noch dazu, die Liquidität unserer Finanzinstitute und der öffentlichen Hand zu verbergen.

Diese Erklärung Schachts bezog sich auf die öffentliche Hand und ist unrichtig.

Die Reichsbank sei der öffentlichen Finanzwirtschaft, insbesondere dem Reich, niemals zu Hilfe gekommen. Das Reich habe keinen Pfennig bei der Reichsbank geborgt. Es sei lediglich vorgekommen, daß Schachtweisungen der Länder in ganz geringem, überhaupt nicht in Betracht fallendem Umfange bei der Reichsbank bisnotiert worden seien. Dies sei auch im allgemeinen bekannt.

Falsch sei auch, daß die Währung dazu diene, die Liquidität der Finanzinstitute zu verbergen.

Die früheren Schwierigkeiten gewisser Finanzinstitute seien durchaus bekannt. Um die Liquidität der Dresdner Bank, der Danabank, der Sparkassen und anderer Banken zu heben, sei ja die Abzehrung mit einem Aktienkapital von 200 Millionen RM geordnet worden. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß die Finanzwirtschaft des Reiches nicht so schlecht sein könne, wie das Schacht dargestellt habe, da das Reich 287 Millionen RM schwebende Schulden allein bis zum 1. Oktober bereits zurückgezahlt habe.

Die Neuverkung Schachts, daß der Reichsfinanzminister nicht zu sagen wisse, wozu die öffentliche Hand die nächsten Monate und Wochen weiterleben solle, sei unverantwortlich.

Der Reichsfinanzminister wisse sehr wohl, wie er weiterkommen solle. Schwierigkeiten befinden allein in den Gemeinden. Diese würden in der Öffentlichkeit weit übertrieben, zumal von den insgesamt etwa 55 000 Gemeinden nur bei 2000 bis 3000 Schwierigkeiten beständen. Zu der Erklärung Schachts, daß die auswärtige Verschuldung Deutschlands wesentlich höher als im Berliner Bericht angegeben sei, wies der Reichsfinanzminister darauf hin, daß es sich bei den Auslandsverbindlichkeiten der deutschen Privatwirtschaft um außerordentlich schwierige Feststellungen handele, die noch nicht abgeschlossen seien.

Da Schacht bis vor 1½ Jahren noch Reichsbankepräsident gewesen sei, so wäre es seine Aufgabe gewesen, die Höhe der deutschen Auslandsverschuldung zu unterrichten. Abschließend wandte sich Dietrich gegen die Nervosität,

die in der Bevölkerung herrsche. Zu einer solchen Nervosität liege nicht der mindeste Anlaß vor, da Deutschland einer Überflut an wichtigsten Verbrauchsmitteln (Wein, Fleisch, Kohle, Zucker usw.) habe, die ausreichen, um das Volk bis ins nächste Jahr zu versorgen. Er bedauere im übrigen, daß er gezwungen sei, gegen Dr. Schacht eine detaillierte Erklärung abgeben zu müssen, mit dem er jahrelang in dessen Einzelmaßnahmen zusammengearbeitet habe.

Entschließung der Landgemeinden.

Berlin, 13. Oktober.

Im Rahmen einer Pressebesprechung über die Entscheidung der Reichsregierung über die Entschließung des Verbandes der preussischen Landgemeinden zu den Notverordnungen des Reiches und Preußens. Darin wird die Erhöhung der Zuschüsse für die Wohlfahrtsämter als unzureichende Hilfe bezeichnet. Die Vorschrift, nach der von 150 Millionen Mark Reichsgeldern die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände statt wie bisher ein Drittel nur noch ein Viertel erhalten sollten, bedeute eine direkte Verschlechterung gegenüber dem alten Schlüssel. Der neugebildete Sonderfonds von 80 Millionen Mark könne nur dann eine Entlastung für die ländlichen Gemeinden bringen, wenn er beträchtlich erhöht und nach wirklich gerechten Maßstäben verteilt werde. Die Reichsregierung überlege, daß die Arbeitslosenversicherung niemals einen reinen Versicherungscharakter gehabt habe. Wenn gleichzeitig mit der Herabsetzung der Unterstützungssumme in der Arbeitslosenversicherung eine Verlängerung der Unterstützung in der Krisenfürsorge angeordnet worden sei, so müsse dies zu einer finanziellen Rechtsbegründung der Gemeinden führen. Der preussische Landgemeindevorstand sei der Auffassung, daß die Dreiteilung der Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsspenden nicht länger aufrechterhalten bleiben könne und eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung nicht vermeidbar sei.

Keine Tribute mehr.

Der Hauptausschuß des preussischen Landtages nahm bei Stimmenmehrheit der Regierungsparteien mit den Stimmen der Rechten einen Antrag der Deutschen Fraktion an, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, die sofortige Revision des Youngplanes zu verlangen bzw. die Einstellung jeder weiteren künftigen Erbschaftszahlung zu veranlassen.

Der Ausschuß beschloß ferner, die Regierung zu ersuchen, der durch die Wohlfahrtsämterzuschüsse weiter steigenden Notlage vieler Gemeinden die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Regierungsvertreter hatte erklärt, daß über die Reichshilfe hinaus kein Mittel zur Verfügung gestellt werden könne; man hoffe jedoch mit den Reichsmitteln auszukommen.

B33 verlängert Rediskontfreibrief

Von zukünftiger Stelle wird mitgeteilt: Der Verwaltungsrat der B33 hat beschloffen, den von der B33 an die Reichsbank gewährten und am 4. November fälligen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar auf drei Monate, d. h. bis zum 4. Februar 1932, zu verlängern. Die Leistung der B33 wird nunmehr mit den am Reichsbankkredit beteiligten Zentralnotenbanken, der Bank von Frankreich, der Bank von England und der Federal Reserve Bank von New York in Verbindung treten, damit diese Banken eine Verlängerung ihrer in gleicher Höhe übernommenen Anteile für den gleichen Zeitraum vornehmen.

Der Verwaltungsrat der B33 trat unter dem Vorsitz des Präsidenten MacGarra in Basel zu seiner ordentlichen Sitzung zusammen. Die Vertreter Deutschlands, Reichsbankpräsident Dr. Lohse, Bankier Dr. Melchior und Generaldirektor Reich sind in Basel anwesend. Der Leiter der schweizerischen Notenbank, G. Wiffing, hat es sich trotz seines eidesunden Zustandes nicht nehmen lassen, zum letzten Mal in den Basler Verhandlungen teilzunehmen. Der Verwaltungsrat wird zunächst die laufenden Geschäfte erledigen und im zweiten Teil der Sitzung in eine Aussprache u. a. über die Währungsprobleme und die internationale Kreditfrage treten.



Der Attentäter von Jüterbog und Bia Torgau.

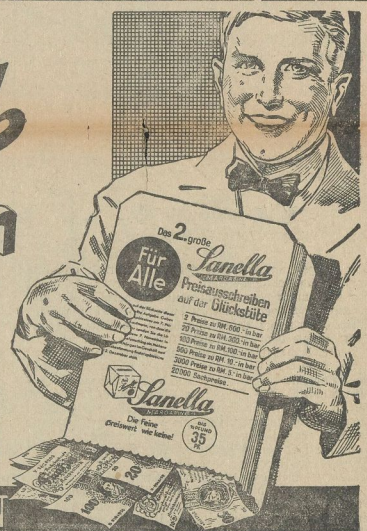
Jetzt wieder

Lanella
GARANTIE-MARGARINE

Glückstüten

★**GRATIS!** Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!

PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN



Gartenverpachtung.
Der ehemalige Haushaltungsschulgarten soll am Sonntag, den 17. Oktober d. Js. nachmittags 3 Uhr im Ratshaus (Sitzzimmer) auf 6 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.
Nebra, den 13. Oktober 1931.
Der Magistrat. Grünberg.

Bekanntmachung.
Die Auszahlung der Sozial- und Rentnerrenten erfolgt am Freitag, den 16. d. M., von 11—12 Uhr in der Stadtkasse.
Nebra, den 14. Oktober 1931.
Der Magistrat. Grünberg.

Donnerstag treffen ein:
Frische Fettbündlinge
Wwe. Meitz.

Drucksachen aller Art
fertig an in handerer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut
Buchdruckerei Wilh. Gauer, Kötzleben.

Schneeglöckchen-, Tulpen- und Crocuszwiebeln
Obstbäume aller Art

● Rosenbüsche, Johannis-, Stachel- und Himbeer-Sträucher ●

Weisskraut à Zentner 2 RM, Rotkraut, Wirsing
Möhren und Kohlrüben

empfehlen
Gärtnerei Kneist

10. Kreisverbands-Ausstellung
Naumburg-Gartensberga und Umgegend, verbunden mit
Allgemeiner Kaninchen- und Geflügelschau in Nebra
am 12. und 15. Dezember 1931, im Schützenhaus.
Anmeldeschluß: 20. November.
Preisrichter für Kaninchen: Franz Peth, Erfurt und R. Torgau, Ammendorf. Preisrichter für Geflügel: Alfred Stiebig, Ammendorf und H. Rudolph, Halle/S. Anmeldepapiere kostenlos durch Ernst Grabow, Nebra a. U., Feldstraße 18.



Nebrner Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Aus Leben im Bild“ und „Aus Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köpelen.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpelen.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Neis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köpelen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtlet 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:

Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Arten.

Nr 123

Donnerstag, den 15. Oktober 1931.

44. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Oktober.

Die Umgebung des Reichstages bot schon um die Mittagzeit des Bild eines besondern Tages. Während im Reichstag bereits die verschiedenen Fraktionen leugten, auch die Wandelhalle schon etwas belebt war, hatte die Schutzpolizei den Zutritt zum Reichstag bereits nach dem Tiergarten, nach dem Reichstagsufer, nach der Dorotheenstraße und dem Brandenburger Tor zu abriegelt. Im Reichstag selbst lagen größere Abteilungen von Schutzpolizei, die sich die Zeit bis zum Beginn des Reichstages um 3 Uhr mit Karten- und Zeitungslesen vertrieben. Vor dem Eingang II hatten die Abgeordneten den Reichstag betreten müssen, hatte ein großes Aufgebot von Pressefotographen und Filmleuten Aufstellung genommen. In der Friedrich-Ebert-Straße vor dem Reichstag hielten eine größere Anzahl von Lastkraftwagen der Polizei. Hinter der Auffahrt des Reichstages nach dem Bismarck-Denkmal u hatte die berittene Schutzpolizei Aufstellung genommen. Um eine Wiederholung der Vorfälle des Vorfalles in der Innenstadt zu vermeiden, hatte die Polizei Vorfrage gestellt, daß in der Leipziger Straße und in der Friedrichstraße ständig größere Abteilungen Schutzpolizei für alle Fälle bereitstehen. Schnellwagen durchfahren bauert die ganze Innenstadt.

Die Sitzung.

An der Regierungsbank hat der Reichstagsrat mit dem gesamten Kabinett Platz genommen. Während die Tribünen weitgehend überfüllt sind, sind im Sitzungssaal selbst zuvörderst nur wenige Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen und kommunistische Abgeordnete überhaupt nicht anwesend.

Die beiden Parteien der Rechten haben beschlossen, während der Sitzungsperiode nicht zu erscheinen.

Ein kommunistischer Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung, das Reichstagsgebäude von der Polizei zu säubern, wird abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichstagsrat Dr. Brüning

Ich habe die Ehre, dem hohen Hause die Reichsregierung in der Zusammenkunft vorzustellen, was sie für den Reichspräsidenten haben verstanden hat. Es ist mir ein inneres Bedürfnis, zunächst den ausgezeichneten Herren Ministern Dr. Curtius, Dr. Birrh und O. Guérard den Dank der Reichsregierung für ihr pflichttreues Wirken im Dienste für Reich und Volk auszusprechen. Die Reichsregierung ist ergänzt durch einen bewährten Vertreter der Wirtschaft, der als Sachverständiger der Reichsregierung in den vergangenen Monaten zur Seite gestanden hat.

Die Leitung des Wefr- und Innenministeriums ist in eine Hand vereinigt.

Mehr als je zuvor, zwingt uns unsere heutige Notlage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel, namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Machtbefugnisse, gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Sicherung der Autorität des Reiches ist die Vorbedingung der Festigung des Vertrauens nach innen und außen und für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, an dem alle politischen Kräfte mitarbeiten müssen. Die Leitung der Wehrmacht wird ihre bisherigen bewährten Grundzüge weiter verfolgen, die dem hohen Hause bekannt sind, und Gemäch dafür bieten, daß dieses wichtige Mandatiment des Staates jederzeit seinen Aufgaben gemachen ist. Das Justizministerium ist in die Hände eines Mannes gelangt, der seit einem Menschenalter dem Staate in schwerster Weise gedient hat.

ed in meiner

Sprechungen der Wirtschaft ist nach kurzer Dauer gesehen. Kreditwürdigkeit jede Woche

der Wirtschaft ist nach kurzer Dauer gesehen. Kreditwürdigkeit jede Woche



großen Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglicher Senkung der Erzeugungsstoffe begonnene. Hauptsächlich allein ist verbunden worden, daß die gesunden Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft in den vergangenen Monaten völlig erschüttert worden sind.

Die Krise des englischen Pfandes.

deren endgültige Lösung noch nicht sicher beurteilt werden kann, stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist eine Einseitigkeit von Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Selbstkosten- und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig. Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Reichs hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsrat zu ernennen, der der Reichsregierung in den wichtigsten Entwicklungen der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Zeit ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet.

Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, an der unter keinen Umständen getrickelt werden darf. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage. Die Kreditpflege, gerade für Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie, muß auch bei der Bankenspolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen. Ihre Senkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Herbeiführung der Produktionssteigerung, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen.

Die Sozialpolitik.

muß allerdings derartig gestärkt und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mietschutzrecht, der Arbeitnehmerhaftung nicht vorbeigegangen werden.

Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als Faktor geltend ist und erhalten werden muß, aber größere Elastizität in der Handhabung bedarf.

Der Grundgedanke einer guten Sozialpolitik muß gerade in gegenwärtiger Notzeit Wirtschaftler und Arbeitnehmer die Pflicht erkennen lassen, ihre Angelegenheiten gemeinsam unter möglichst eigener Verantwortung und unter möglichst geringer Einmischung des Staates zu regeln.

Mit einer solchen Politik muß Sand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gemeinsamen Kaufkraft im Inlande innig angepaßt werden muß.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit den vorhandenen und anfallenden Devisenbeständen sparsam zu wirtschaften.

Der Weg kann nur zu Ende gegangen werden, wenn unser Volk die Überzeugung hat, daß Lasten gleichmäßig verteilt und Gerechtigkeits- und Verantwortungsbewußtsein überall wiederhergestellt sind.

Gerade weil das deutsche Volk, was es an Gerechtigkeit, Fleißhaftigkeit und Sehnung auf einen Erfolg sieht, zu den schwersten Opfern befähigt ist, ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen.

daß alle Verände der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch ungeschickte Agitation verhindert werden.

Die Öffentlichkeit muß die Gemisheit haben, daß Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen.

Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein.

Diese Erklärung wird von den insgesamten im Saal erschienenen Kommunisten mehrfach durch laute Zurufe unterbrochen: „A. G. Farben in der Regierung!“, „Militärdiktatur!“ usw. Von den Mittelparteien und Kleinparteien auch von den Sozialdemokraten kamen Zustimmungsrufe.

Am Anschluß an die Verlesung dieser Erklärung führt der Reichstagsrat in freier Rede aus, es sei notwendig, über einige Vorgänge in der letzten Zeit eine offene Aufklärung zu geben. Die Verschärfung der Krise habe in letzter Zeit zu einem Zustand geführt, wie ihn die moderne Wirtschaftsgeschichte noch nicht kenne. Der Kanzler betont, er könne mit geschickter noch nicht fern. Der Kanzler betont, er könne mit geschickter noch nicht fern. Der Kanzler betont, er könne mit geschickter noch nicht fern. Der Kanzler betont, er könne mit geschickter noch nicht fern.

Zusergewöhnliche Verhältnisse erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Wir haben uns, so erklärt der Kanzler weiter, der Lage schneller angepaßt als andere Länder. Man hat mich einen „Jogerer“ genannt. Aber ich frage, wo unser Volk heute hände, wenn ich im Sommer dem Drängen nachgegeben und das Mandatium oder den Zahlungsaufschub ausgesprochen hätte (Beifall).

Ich lasse mich lieber jeden Tag als Landeserräter beschimpfen, als daß ich die Herzen verliere und von dem Wege abweiche, den ich eingeschlagen habe. An dem Tage, an dem der Reichstag das von mir verlangt, werde ich sofort zurücktreten.

(Beifall) Es wäre in dieser schweren Zeit nationales Erfordernis, daß sich eine Regierung aller verantwortungsbewußten Parteien zusammenschließe. Ich würde bereit sein, in einer solchen Regierung den kleinsten und niedrigsten Posten anzunehmen. Jeder Gottes ist die Bildung einer solchen Regierung in Deutschland ausgeschlossen.

An der schicksalsschweren Zeit unseres Volkes sind unsere Parteien nicht zur Zusammenarbeit bereit, sondern richten lieber Fronten gegeneinander auf, statt sich in einfacher Pflichtenfüllung für das ganze Deutschland zusammenzufinden.

Dem Volke wird in dieser schweren Zeit nicht gedient durch die Formen des politischen Kampfes, die sich auf der Harzburger Tagung

zeigt haben und die auch nicht die Chancen des Erfolges einer kommenden Reichsregierung sichern können.

Wenn man in Panikmahnung macht über die Lage der deutschen Wirtschaft, dann zerstört man auch die Grundlagen einer kommenden Regierung (Beifall).

Die Deutsche Reichsbank hat nichts zu verheimlichen. Es wäre verlockend für die Regierung, den Forderungen von rechts zu folgen, wenn sie populär sein wollte. Eine Regierung, die etwa die Mark an die Entwicklung des englischen Pfandes anlehnt, hätte Notverordnungen nicht nötig. (Zuruf von den Komm.: Lehnen Sie die Mark lieber an den Sonjertübel an — Große Heiterkeit.) Ich habe bei der Hebramnahme des Kanzleramts zu einem Wirtschaftsausschuss eingeladen. Ich weiß, daß die Aufgabe, die ich jetzt übernehme, zu 90 Prozent verloren ist. Das war nicht Schuld des Kabinetts Hermann Müller, sondern Schuld waren die Fehler, die insgesamt die öffentliche Hand und ein Teil der Privatwirtschaft gemacht haben.

Es ist eine Kreditinflation aus dem Auslande eingetreten, die den gesamten Menschenverstand vernebelt und einen Schieber über alle Dinge gerichtet hat.

Der Kanzler betont weiter, daß sich die Fehler der öffentlichen Hand leichter wieder gutmachen lassen als die in der Privatwirtschaft begangenen. Darum will die Reichsregierung mit den in der Notverordnung zugelassenen Maßnahmen dahin wirken, daß in der Privatwirtschaft wieder gesunde Grundzüge einziehen. Erscheinungen, wie wir sie bei Soaga und bei Nordwolle erlebt haben, dürfen nicht wiederkehren (Zustimmung). Wenn von einzelnen Organen der Rechten der Regierung sogar die Schuld an der Banktenkrise zugeschoben wird, so möchte ich darauf antworten: Seien Sie vorsichtig, laßt nicht die Öffentlichkeit von dieser Tribüne aus sehr deutlich werden (Zuruf von den Kommunisten: Was haben Sie denn für Geheimnisse mit der Rechten?). Wenn die Rechte gegen die Notverordnung Sturm läuft, so würde es mir politisch sehr interessant zu sehen, wie die Nationalsozialisten eine Ablehnung der Notverordnungsbestimmungen über die Banktenkontrolle oder über Nützung der hohen Pensionen verantworten wollen.

Zur Gestaltung der Wirtschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeiternehmern notwendig.

Beide Teile müssen ihr Programm dazu vorlegen. Allerdings ist es nicht geschickt, wenn die Wirtschaft mit ihrem Plan ein Programm verbindet, das geeignet ist, die Arbeitnehmerhaftung in einer Einheitsfront zusammenzuführen.

Heute ist es so, daß meine Aufgabe nicht mehr zu neunzig Prozent verloren ist, sondern daß das Verhältnis des Glüdes und Unglücks schon fünfzig zu fünfzig geworden ist.

Die Einbuße ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist gegen früher ganz wesentlich zurückgegangen. Fremdbank kann die Reichsregierung tragen, daß der bevorstehende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann. Die Wirtschaft ist in ihrem Apparat gesund. Für die Finanzen ist Vorsorge getroffen, und es müste wertwändig zu gehen, wenn das Volk nicht über diesen Winter hinwegkommen würde.

Wir sind entschlossen, die Dinge bis zu dem Augenblick vertuschen, wo durch eine internationale Zusammenkunft das kommt, was kommen wird, wenn nicht die ganze Welt in unendliche Not verfallen will. Durch Kritik, Angriffe und Verleumdungen, so schließt der Kanzler, lasse ich mich nicht beirren. Ich sehe vor Ihnen, ich habe Ihnen mein Programm gesagt. Sie, die Parteien, tragen nun die Verantwortung für das, was kommen wird.

(Beifall) Beifall bei den Mittelparteien. — Die Kommunisten rufen im Chor: Rot Front! Präsident Brüning schließt eine kommunistischer Abgeordneten für zwei Tage aus.

Darauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt; Aussprache über die Regierungserklärung.

Hindenburg an Brüning.

Die Einlegung des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung. Hindenburg übernimmt persönlich den Vorsitz.

Berlin, 14. Oktober. Ueber die bereits angekündigte Einlegung eines Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung zur einheitlichen Be-